



Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Nummer 12 Dienstag, 15. Januar 1929 36. Jahrgang

Aman Allahs Ende

Abschied von Afghanistan

London, 14. Januar

Wie aus Kabul amtlich gemeldet wird, hat König Aman Allah zugunsten seines älteren Bruders, Inayat Allah, auf den afghanischen Königsthron verzichtet. König Aman Allah begründet seinen Schritt mit einer Erklärung, wonach er hofft, daß sein Rücktritt seinem Lande den Frieden und die innere Einigkeit wiedergeben möge. Sein älterer Bruder, Inayat Allah, genannt Muin Es Saltaneh, hat die Regierung übernommen. Inayat Allah ist am 20. Oktober 1888 geboren.

Der Rücktritt des Königs Aman Allah dürfte das Ende der Kämpfe in der Nähe der Stadt Kabul bringen. Welchen Einfluß der Rücktritt des Königs auf die Schiwar-Stämme haben dürfte, ist noch ungewiß.

Der Rücktritt des Königs wird auch von der Berliner afghanischen Gesandtschaft amtlich bekämpft.

Paris, 15. Januar (Radio)

Wie der „Matin“ zu berichten weiß, will König Aman Allah nach seinem Thronverzicht zugunsten seines älteren Bruders den Rest seines Lebens in Frankreich verbringen. Er habe bereits die nötigen Vorverhandlungen dazu eingeleitet.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte. Das Wesen der Staatskunst liegt darin, das nach der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung eines Volkes Notwendige mit einem Mindestmaß von Willkür zu vollziehen. Wer neue Dinge zwingen will, für die die gesellschaftliche Grundlage nicht vorhanden ist, über den geht die Geschichte gerade so hinweg, wie über den, der sich der notwendigen Entwicklung widersetzt.

Das ist die alte marxistische Weisheit, zu der die Episode in Afghanistan wieder einmal eine Illustration in Gestalt einer blutigen Tragikomödie bietet. Und es ist auch die alte Erfahrung, daß das Volk dabei blutet, während der „König“ fortan sein offenbar gut angelegtes Geld als vornehmer Privatmann in der Stadt des Lichts in Ruhe verzehren wird.

Die Gutsbezirke aufgelöst!

Von Albert Grzesinski, Preussischer Minister des Innern

Am 27. Dezember 1927 nahm der Preussische Landtag eine Vorlage an, in der die Auflösung sämtlicher Gutsbezirke grundsätzlich angeordnet wurde. Damit wurde eine Verwaltungsmaßnahme von bisher kaum gefanntem Umfange eingeleitet. Galt es doch 11 894 Gutsbezirke mit 1 458 898 Einwohnern und einer Fläche von 8 470 847 Hektar in kürzester Frist aufzulösen, da man damals noch mit allgemeinen Kommunalwahlen am Ende des Jahres 1928 rechnen mußte.

In außerordentlich intensiver Verwaltungsarbeit aller Verwaltungsbehörden ist erreicht worden, daß bis zum 15. April 1928 die Vorschläge der nachgeordneten Behörden zur Auflösung der in ihren Gebieten liegenden Gutsbezirke dem Preussischen Ministerium des Innern vorlagen. Durch die Verschiebung der Gemeinbewahlen wurde es ermöglicht, diese Vorschläge eingehend im Ministerium des Innern durchzuarbeiten, um so die Durchführung der Auflösung im Staatsgebiet nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ermöglichen. Durch diese Fristverlängerung wurde natürlich auch den Interessenten ermöglicht, ihre besonderen Wünsche in Form von Eingaben und Beschwerden direkt oder durch Abgeordnete an das Ministerium gelangen zu lassen, wozu auch in wirklich ausgiebigem Maße Gebrauch gemacht wurde.

Oberster Grundsatz für die Auflösung der Gutsbezirke war die zweckmäßigste Eingliederung ihrer Bewohner in Gemeinden, damit auch sie sich endlich an der kommunalen Selbstverwaltung beteiligen konnten. Dabei mußte natürlich die Bildung allzu kleiner Gemeinden vermieden werden. So ist die Bildung von Gemeinden unter 100 Einwohnern auch nur in den allergeringsten Fällen erfolgt. Aber auch die Bildung allzu großer Gemeinden war unzulässig, besonders wenn die Wohnstätten allzu weit voneinander entfernt lagen. Das Gesetz sah, um zweckmäßige Lösungen zu ermöglichen, verschiedene Formen der Auflösung der Gutsbezirke vor: Bereinigung mit bestehenden Gemeinden, Zusammenlegung mehrerer Gutsbezirke zu neuen Gemeinden, Bildung neuer Gemeinden aus je einem einzelnen Gutsbezirk.

Für die Entscheidung, welche Form der Auflösung gewählt wurde, waren für mich folgende Gesichtspunkte maßgebend: In der neu zu schaffenden Gemeinde durfte die Einwohner nicht wirtschaftlich abhängig von dem früheren Gutsbesitzer als Arbeitgeber sein, da dann ein unabhängiges Gemeindefleben sich kaum entwickeln konnte. Die neu zu bildenden Gemeinden mußten aber auch leistungsfähig sein, damit sie die Aufgaben einer Gemeinde in sozialer und kultureller Hinsicht zu erfüllen in der Lage wären. Ferner galt es bei dieser Umgemeindung auch überall möglichst endgültige Verhältnisse zu schaffen und so bei der Auflösung der Gutsbezirke dort, wo es nötig war, mehrere Gemeinden mit dem aufzulösenden Gutsbezirk zu einer neuen, selbständigen Gemeinde zusammenzulegen. Bei dieser Gelegenheit sind unter dem Gesichtspunkt der Rationalisierung eine Menge vielfach vorhandener Exklaven beseitigt worden.

Es durfte natürlich bei der Auflösung der Gutsbezirke nicht die Eingemeindungspolitik großer Gemeinden gefördert werden. Städte und Landgemeinden sind bei der Zuteilung von Gutsbezirken durchaus gleich behandelt worden. Die Entscheidung erfolgte stets unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, kommunalpolitischer und geographischer Gesichtspunkte. So ist es ermöglicht worden, daß von den 11 894 vorhandenen Gutsbezirken am 1. Januar 1929 11 321, das sind 95,2 Proz., mit 1 378 345 Einwohnern gleich 94,4 Proz. der Gesamtbevölkerung der ehemaligen Gutsbezirke aufgelöst worden sind. Vorhanden sind also noch 573 Gutsbezirke, von denen 54 noch aufgelöst werden sollen; über die Form der Auflösung ist jedoch noch nicht endgültig entschieden. Von den restlichen Gutsbezirken sind 13 Wassergutsbezirke, also unbewohnte große Wasserflächen, während 463 der verbleibenden Gutsbezirke große zusammenhängende Waldkomplexe sind von einer Mindestgröße von 4000 bis 5000 Hektar. Diese 463 Forstgutsbezirke umfassen 20,1 Proz. der gesamten Gutsbezirksfläche, haben aber nur 49 289 Einwohner. Schon aus diesen Zahlen geht hervor, daß hier ein von den gewöhnlichen Verhältnissen völlig abweichender Zustand vorliegt. Die Zuteilung eines solchen ausgedehnten Waldgebietes an eine Gemeinde hätte diese Gemeinde vor Aufgaben gestellt, die sie nicht hätte erfüllen können. Sie hätte ausgedehnte Wegeanlagen übernehmen müssen, da die Wegeunterhaltung gerade in den größten Waldkomplexen eine außerordentliche Rolle spielt. Nicht so sehr für die Wirtschaft und den allgemeinen Verkehr als für die Erschließung und Benutzung dieser landschaftlich hervorragenden Gebiete als Erholungsstätten für Ausflügler. Da nun von diesen 463 Forstgutsbezirken 314 in fiskalischem, 89 in privatem Besitz sind, so hat das Staatsministerium beschlossen, für all diese Forstgutsbezirke die Aufrechterhaltung zu beschließen, was nach dem Gesetz möglich und sogar vorgesehen ist. Den Einwohnern dieser Forstgutsbezirke wird die Teilnahme an einer kommunalen Selbstverwaltung dadurch ermöglicht, daß die Wohnstätten in diesen Forstgebieten benachbarten Gemeinden zugeteilt wurden. Hier ist also die Schaffung neuer Exklaven aus Gründen der Gerechtigkeit den Bewohnern dieser Forstbezirke gegenüber nötig gewesen.

Ich darf alles in allem wohl sagen, daß innerhalb eines Jahres die vom Landtag beschlossene Auflösung der Gutsbezirke

Die sächsische Sozialdemokratie zur Reichspolitik

Gegen Koalition!

Leipzig, 14. Januar

Vom 12. bis 13. Januar fand in Leipzig der Parteitag der sächsischen Sozialdemokratie statt, der mit 99 Delegierten besetzt war. Neben den Vertretern des Landesauschusses, der Partei und der Gewerkschaften nahmen drei Mitglieder der Reichstagsfraktion sowie sechs Landtagsabgeordnete daran teil. Dittmann überbrachte die Grüße des Parteivorstandes und wünschte der Tagung den besten Verlauf. Edel, Vorsitzender des Landesauschusses, erwähnte in seiner Begrüßungsansprache, daß die sächsische Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen eine Million Wähler gemustert habe.

Reichstagsabgeordneter Ströbel-Berlin referierte über das Thema: „Die Rückwirkungen der Reichspolitik auf Sachsen.“ Innerhalb der Partei wären jetzt wegen der Frage der Koalition Meinungsverschiedenheiten vorhanden. In Sachsen ist die überwiegende Mehrheit der Partei der Meinung, daß die jetzige Koalition für die Dauer nicht tragbar sei, denn die Früchte der Koalitionspolitik wären sehr mager und eine Besserung sei nicht voranzusehen. Wiederholt seien von der Sozialdemokratie in der Reichsregierung den bürgerlichen Parteien Konzessionen gemacht worden. Im Zusammenhang mit der Koalitionsfrage stehe das Wehrproblem. Den deutschen Militarismus zu bekämpfen und ihm alle Mittel zu verweigern, müsse die Aufgabe der Sozialdemokratie sein. — Dittmann wies darauf hin, daß über die Reichspolitik auf Landestagungen, die nach dem Statut sich nur mit Landesfragen beschäftigen dürfen, keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden können. Besonders scharf wandte er sich gegen einzelne Punkte der vorliegenden Resolution und wünschte deren Abänderung. — Der weitere Verlauf der Aussprache war sehr lebhaft. Die dem Parteitag vorgelegte Resolution, die entsprechend den Anregungen Dittmanns geändert worden war, wurde gegen eine Stimme angenommen.

Weber die sächsische Landespolizei sprach Edel-Dresden. In Sachsen folge eine Krise der anstehen. Erst jetzt sei man wieder auf der Suche nach einem Kultusminister, und ein Reaktionär schlimmster Art habe die besten Aussichten. Die SPD, die als stärkste Fraktion im Landtag ist, habe eine Koalition mit den Bürgerlichen abgelehnt. Sie befände sich in schärfster Opposition. Mit Hilfe der USPD sei die Held-Regierung gebildet worden und bis zum heutigen Tage würde eine arbeitgeberfeindliche Politik getrieben. Durch die bürgerliche Mehrheit sind auf dem Gebiet des Schulwesens, des Gemeindefwesens und in der Verwaltung bedeutende Verschlechterungen eingetreten. Obwohl nach den Reichstagswahlen in Sachsen eine proletarische Mehrheit zu verzeichnen sei, weigere sich die Held-Regierung, den Landtag aufzulösen. Die Sozialdemokratie würde in Zukunft alles tun, um der bürgerlichen Mehrheit eine geschlossene Phalanx entgegenzusetzen, und versuchen, die politische Macht zu erobern.

Den Bericht der Landtagsfraktion erstattete Rehrig-Leipzig. Obwohl die reaktionäre Mehrheit des Landtags alles versuche, um die Forderungen der Sozialdemokratie zur Ablehnung zu bringen, habe die Fraktion manche guten Erfolge zu verzeichnen. Die bürgerliche Mehrheit würde bis 1930 den Landtag bestehen lassen, obwohl bereits das Reichsgericht entschieden habe, daß der jetzige Landtag eine verfassungsmäßige Zusammenfassung nicht habe.

Nach Annahme einiger Anträge wurde der Parteitag mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

ben der Republik sich zu verantworten. Vogler hatte im vergangenen Sommer am Badestrand in Balttrum die schwarzrotgoldene Fahne als Judenfahne bezeichnet und wurde deshalb von dem Museumsdirektor von Frankenberg aus Braunschweig angezeigt. Obgleich der Staatsanwalt einen Monat Gefängnis beantragte, sprach ihn das Schöffengericht mit der Begründung frei, daß weder eine öffentliche Beleidigung der Reichsflagge noch eine Beschimpfung des Klägers vorliege.

Der Streit um den Severing-Schiedspruch

Bonn, 15. Januar (Radio)

Unter Vorsitz von Reichsinnenminister Severing finden heute vormittag im Magistratsgebäude des Dortmunder Rathauses Verhandlungen über die Auslegung des Severing'schen Schiedspruches für die Metallindustrie Nordwest statt, über dessen Durchführung sich schwere Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien ergeben haben.

Faschistenstreiche in Nord-Tirol

Wien, 15. Januar (Radio)

In Telfs in Tirol schloß ein Heimwehrführer auf einen sozialdemokratischen Eisenbahner, wobei die Lunge verletzt wurde. Der Verwundete schwand in Lebensgefahr. Der Täter ist verhaftet worden.

Weg gegen die Autonomisten

Paris, 15. Januar (Radio)

Der Stadtrat von Metz hat an den Ministerpräsidenten Poincaré eine Eingabe gerichtet, worin er gegen das von dem elsässischen Abgeordneten Walter in der Kammer eingebrachte Gesetz protestiert, das den beiden wiedergewonnenen Provinzen eine autonome Verwaltung geben soll. Die Stadt wünschte keine Sonderregelung, sie wolle lediglich dieselben Freiheiten genießen, wie die übrigen französischen Städte. Auch lehne sie es ab, das entscheidende ab, in der Verwaltung einem Nachbardepartement zu unterstehen, mit dem Lothringen rein zufällig unter der deutschen Grenzherrschaft zusammengelassen gewesen sei. Einen Begriff Elsaß-Lothringen gebe es nach der historischen Entwicklung nicht. Lothringen wolle zwar mit dem Elsaß in gut nachbarlichen Beziehungen leben, aber es protestiere dagegen, daß man weiterhin in Frankreich die Bezeichnung Elsaß-Lothringen gebrauche, die nur an die traurige Trennung vom Mutterlande erinnere.

Beschimpfung von Schwarzrotgold — natürlich Freispruch

Hannover, 15. Januar (Radio)

Ein merkwürdiges Urteil fällt das Schöffengericht in Aurich. Dort hatte ein Major a. D. Vogler wegen Beleidigung der Far-

**Ab
Dienstag**
den 15. Januar

Reste

und Restbestände
spottbillig!

Kleiderstoff Wäschstoff Seidenstoff Samt-
Baumwoll-Spitzen-Gardinen-Mobilstoff

Reste

Auf die schon herabgesetzten Preise

nochmals

50% Rabatt

die auf Ihrem Kassenzettel
in Abzug gebracht werden.

Samtliche Reste
sind auf Extra-Tischen ausgelegt.

Ein Restposten
Tischtuchstoffe

geeignet für Wirtschaftsbetriebe
ca. 120 cm breit

jetzt **95** Pf.
Meter

Ein Restposten
Gardinenleinen

ca. 120 cm breit

jetzt **95** Pf.
Meter

Ein Restposten
D.-Taghemden

jetzt **75** Pf.

Ein Restposten
Unterkleider

einzelne Farben und Größen
jetzt **1²⁵ 1⁹⁵**

Ein Restposten
Klöppelspitzen

für Wäsche, ca. 2 cm breit

jetzt **25** Pf.
5 Meter

Ein Restposten
Travers

in schönen Farbstellungen

jetzt **65** Pf.
Meter

Holstenhaus

Das Kaufhaus für Alle

Zahnarzt

Dr. Rofhschild

jetzt Breite Straße 11, I

Werbt unablässig für eure Zeitung!

**Junker & Ruh
Gaskocher**

Die einzigartigen L.-u. R.-Brenner
sind durch Patente geschützt!

Verblüffend geringer Gasverbrauch !!

Heinr. Pagels

Lübeck

Das Haus für Gas, Wasser, Licht

Radio-Empfangsanlagen

aller Systeme

Telefunken - Siemens & Halske - A.E.G. - Nora
Mende - Dr. Seibt - Owin - Lange - Lumophon

können Sie auf

Teilzahlung bis zu 12 Monaten

kaufen im

Radio-Haus Hansa

Telephon 22930

Dr. Reinhard Gumprecht

Königstr. 65/67

In der **Friedenstraße 36** habe ich unter der Leitung der Herren
Kalck & Bieffert eine **Niederlage** eröffnet. Samtl. Radio-Gerät
und Zubehör dort vorrätig. Ladung und Reparatur von Akkumulatoren

**Spedition
und
Lagerung**

Friedr. Gröschow

Johannisstraße 63

Telef. 23 132

amruden

Margaretenburg

Jeden Mittwoch Tanzkränzchen

Voranzeige! Sonntags Gr. Maskenball
19. Januar

Sonntag Gr. Geld-Preisskat
3 Uhr!

Biochemischer Verein Lübeck e. V.
gegr. 1920

**General-
Versammlung**

am Mittwoch, dem 16. Januar,
abends 8 Uhr im weißen Saal
der Stadthalle

Wichtige Tagesordnung

Zahlreiches Erscheinen erwartet

Der Vorstand

LUISENLUST
Mittwoch Gr. Konzerte Eintritt u.
Tanz frei

**Zentralverband
der Maschinisten
und Heizer**

Zahlstelle Lübeck

**Mitglieder-
Versammlung**

am Mittwoch, 16. Jan.

abends 7 Uhr

im **Gewerkschaftshaus**

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung
2. Wahl von Delegierten
zur Bezirkskonferenz
3. Bericht vom Ortsaus-
schuß
4. Sonstige Verbands-
angelegenheiten

Die Ortsverwaltung

**Deutscher
Baugewerksbund**
Baugewerkschaft
Lübeck

**Mitglieder-
Versammlung**

am Mittwoch, 16. Jan.

abends 7 1/2 Uhr

im **Gewerkschaftshaus**

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Gen.
Reisberger über:
Krankenversicherung
2. Wahlen
3. Vereinsangelegenheit.

Um zahlreichen Besuch
bittet

Der Vorstand

NB. Im Anschluß an
diese Versammlung findet
die **Mitglieder-Ver-
sammlung der Kran-
kenkasse „Grundstein
zur Einigkeit“** statt

Der Vorstand

Hansa-Theater
Dir. Hübener
Telephon 20610

Heute Dienst, 8 Uhr
Vorletzte Aufführg.

**Die keusche
Susanne**

Morg. Mittw. 8 Uhr
Letzte Aufführung

**Die keusche
Susanne**

Donnerstag, 17. Jan.

Lachen! Lachen!

ist die Parole!

Gastspiel des be-
kannten Berliner
Komikers **Marin
Kettner** in

Die Tugendprinzessin

Operette in 8 Akten
von Kurt Zoffig

Vorverk. bei 20%
Ermäßigung nur
in den bekannten
Zigar.-Geschäften

Stadttheater Lübeck

Dienstag, 20 Uhr:

Andine (Oper)

Ende 23 Uhr

Mittwoch, 15.30 Uhr:

**Das neugierige
Sternlein**

Geschlossene Schüler-
vorstellung

Mittwoch, 20 Uhr:

Charleys Tante

(Luftspiel)

Donnerstag, 20 Uhr:

Der Dämon (Tanz-
Bantomime)

**Die Prinzessin auf der
Erbsen** (Mittelmärchen)

Der Teufelskuchen

(Grotteske Ballett-Ban-
tomime)

Freitag, 20 Uhr

**Finden Sie, daß
Constance sich rich-
tig verhält?**

(Luftspiel)



„Sei still, Schorsch! Bis zur nächsten
Apotheke oder Drogerie werden wir schon
noch kommen. Dann legen wir ein „Lebe-
wohl“-Hühneraugen-Pflaster auf! Das
hat mir gleich geholfen.“

Gewohnt ist natürlich das berühmte, von vielen
Aerzten empfohlene **Hühneraugen-Lebewohl** und **Lebe-
wohl-Balsamschnecke**, Bleedose (8 Pflaster) 76 Pf., **Lebe-
wohl-Fußbad** gegen empfindliche Füße und Fußschwellen,
Schachtel (2 Bäder) 50 Pf., erhältlich in Apotheken und
Drogerien. Wenn Sie keine Enttäuschungen erleben wollen
verlangen Sie ausdrücklich das **echte Lebewohl** in Bleck-
dosen und weisen andere „angeblich ebenso gut“ Mittel
zurück.

Der soeben
beendete Roman

Lockruf des Goldes

läuft ab heute
in der

Tonhalle

~ Der große Kriminalfall in Wien ~ Gaunerliebchen ~

Norddeutsche Nachrichten

Provinz Lübeck

Schwartau-Rensfeld. Eine Kontrolle für Arbeitslose, welche Bezirker des Lübecker Volksboten sind, findet am Donnerstag, dem 17. Januar, abends von 6-7 Uhr, bei Z. Kettelhohn, Lübecker Straße 23, statt. Gutscheine werden daselbst ausgegeben.

Stadelsdorf. Mitgliederversammlung der SPD. am Dienstag, dem 15. Januar, abends 8 Uhr, bei Lampe. Alle Mitglieder müssen erscheinen, da wichtige Tagesordnung. Der Vorstand.

Mecklenburg

W. Schönberg. Genossenschaftliches. Im Dollschen Lokal fand Sonntag die Bezirksversammlung des Konsumvereins für Lübeck und Umgegend statt. Der Besuch war besser als in den Vorjahren. Genosse Kühner-Lübeck gab einen ausführlichen Bericht über das verlossene Geschäftsjahr. Wie in allen Verkaufsstellen, so ist auch in Schönberg ein Fortschritt in der Genossenschaftsbewegung zu verzeichnen. Es kam aus den Kreisen der Mitglieder zum Ausdruck, daß mehr Aufklärungsarbeit nötig sei, besonders für die Hausfrauen. Die Rückvergütung von 4 % müsse alle lauen Mitglieder zu besseren Warenentnahme aus dem eigenen Geschäft anspornen. — Der Vertreter R. Kähler wurde einstimmig wiedergewählt. Durch Anregung des Lagerhalters Bollers und mehrerer Genossen wurde ein Sparklub gegründet. Der anschließend gewählte Vorstand soll das weitere in die Wege leiten. Gen. Kühner sagte die Stiftung des Kastens seitens des Vorstandes zu.

sch. Schönberg. Eine Miete eingekassiert. In der Nacht zum Montag brannte im Dorfe Pöge eine Miete mit Pferdebohlen vollständig nieder. Die Miete, die etwa 10 Fuder Bohlen enthielt, war Eigentum des Hauswirts Rohbrandt in Pöge. Man vermutet, daß das Feuer auf vorläufige Brandstiftung zurückzuführen ist. Die behördlichen Ermittlungen zur Ergreifung des Täters sind eingeleitet worden. — Mit dem Auto gegen den Chauffeebaum. Ein Autounfall, der noch recht glücklich verlief, ereignete sich am Sonntag abend auf der Chaussee in der Nähe von Schönberg. Infolge der herrschenden Glätte geriet ein Personkraftwagen ins Schleudern und fuhr gegen einen Chausseebaum. Das Auto wurde erheblich beschädigt. Die Insassen kamen glücklicherweise mit dem Schrecken davon.

sch. Neustrelitz. Zur Millionen-Erbchaftsklage der Tutta von Montenegro. Am Montag ist dem Mecklenburg-Strelitzschen Staatsministerium das Urteil des Deutsch-Jugoslawischen Schiedsgerichts in Paris, das auf Abweisung der Erbchaftsklage der ehemaligen Meckl.-Strel. Prinzessin Tutta von Montenegro erkannte, offiziell mitgeteilt worden. Die ausführliche Begründung des Urteils wird aber erst in vier Wochen eingereicht werden, und zwar voraussichtlich auf dem Wege, zunächst über das Auswärtige Amt und sodann über das Reichsfinanzministerium. Vorläufig verlautet nur, daß die Gründe für die Abweisung der Klagen materieller Natur gewesen sind, während andererseits die formellen Einwendungen der beklagten Partei verworfen wurden. Im übrigen handelt es sich bei dem Klageobjekt nicht um einen Teilbetrag, sondern um die volle Summe von 15 Millionen Reichsmark.

sch. Schwerin. Ein Holzlager in Flammen. In der Morgenfrühe des Sonntag brach auf dem Grundstück des Tischlermeisters Heinrich Piesberg (Gr. Moor 45) ein Schuppenfeuer aus, das einen großen Teil des Holzlagers des Betriebes vernichtete. Aus bisher noch ungeklärter Ursache war in dem neben der Tischlerwerkstatt gelegenen Lagerbehälter Feuer aufgekommen, das in den vorhandenen Kalkholzpforten reiche Nahrung fand. Der Feuerwehr gelang es, ein Uebergreifen des Brandes auf die Werkstatt und die Nachbargebäude zu verhindern. Der Schaden ist beträchtlich und nur zum geringen Teil durch Versicherung gedeckt.

Schleswig-Holstein

Neumünster. Der nationale Schlächtermeister. Ein Schlächtermeister in Hademarschen hatte am 31. Juli 1928 auf offener Straße einem Beamten gegenüber schwer beschimpfende Worte über die Reichsflagge gebraucht, weil dieser Beamte anlässlich eines Reichsbannerfestes als Ausdrucks seiner verfassungstreuen Gesinnung in den Reichsflaggen geslaggt hatte. Die Republikanische Beschwerdestelle stellte Strafantrag,



Cosima Wagner,

die 91jährige Witwe Richard Wagners, ist schwer erkrankt. Sie war am 25. Dezember 1837 als Tochter Franz Liszts geboren und in erster Ehe mit Hans von Bülow vermählt. Cosima Wagner, die unser Bild mit ihrem Sohne, dem Komponisten Siegfried Wagner zeigt, hat an der Begründung und Erhaltung der Bayreuther Festspiele großen Anteil gehabt.

und das Schöffengericht in Neumünster hat den Schlächtermeister zu einer Woche Gefängnis oder 200 Reichsmark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis oder 600 Mark Geldstrafe beantragt.

Oldenburg

Neuenfelde b. Eisleh. Eifersuchtsdrama. Sonntag abend wurde die 21 Jahre alte Hausdienterin Wragge mit durchschnittener Kehle in der Nähe der elterlichen Wohnung aufgefunden. Die sofort angestellten Ermittlungen führten noch im Laufe der Nacht zur Festnahme des Täters. Es handelt sich um den Arbeiter Straferjahn aus Huder Moor, der mit der Ermordeten verlobt gewesen war. Als Grund zur Tat gibt Straferjahn an, daß er seine frühere Braut töten wollte, weil sie sich mit einem anderen verlobt hatte.

Oldenburg. Die steuerhassenden Bauern. Von vier Landleuten überfallen und arg zugerichtet wurde ein beim Finanzamt Oldenburg in Dienst stehender Vollziehungsbeamter K. Er hatte in dem wenige Kilometer von Oldenburg entfernten Bezirk Südmosleschn-Ähternmeer Vollstreckungsarbeiten zu verrichten. Unterwegs traf er vier radfahrende Landleute, die er um Auskunft bot. Auf Befragen gab sich K. zu erkennen, und im nächsten Augenblick gerieten die Landleute schon derart in Wut, daß sie den Beamten in brutaler Weise mißhandelten. K. verlor bald das Bewußtsein. Als er wieder zu sich kam, waren die Landleute verschwunden. Von dem Gelde fehlte nichts. Die Gendarmerei konnte die feigen Burschen nicht ermitteln.

Die wahren Hintergründe der Holsteiner Bauernrevolte

In Schleswig-Holstein haben die Bauern vor einigen Tagen ein höchen Revolution gespielt. Die landhändlerische Presse stellt es so dar, als wenn es lediglich die Sorgen der Bauern um ihre Existenz ist, die sie zu dem Schritt getrieben hat. Die „Wolfsche Zeitung“ veröffentlicht in Nummer 4 eine Zuschrift aus landwirtschaftlichen Kreisen, die etwas wesentlich anderes

besagt. Danach sollten mit dem Vorgehen Schädlinge in den eigenen Reihen getroffen werden. „In diese eigenen Reihen gehen zunächst die ländlichen Gemeindevorsteher,“ so heißt es in der Zuschrift unter anderem wörtlich, „die durchweg selber Bauern sind und die man als mitschuldig an der Not des Landvolkes erklärte, weil sie sich vielfach als Beamte aufspielten, statt der Not ihrer Landgemeinden in menschlicher Weise Rechnung zu tragen. Für ein solches unkollegiales Verhalten dörflicher Oberhäupter — in Schleswig-Holstein typisch „Bauernmogi“ genannt — können doch selbst beim schlimmsten Willen nicht Reich, Staat, Volk, Finanzamt oder die demokratische Presse haftbar gemacht werden.“

Ferner galt der Zorn der in Schleswig-Holstein revoltierenden Dekonomen ganz besonders auch ihrer eigenen Landwirtschaftskammer. Zur Erhöhung ihrer Einflüsse unterhält diese landwirtschaftliche Institution nach unseren Erkundigungen am Hamburger Markt eine Art Kommissionsgeschäft, das diese für die Förderung der Landwirtschaft eingesetzte Behörde zur Einfuhr dänischer Mastochsen mißbrauchte. Es sind durch die Kommissionsstelle dieser famosen Landwirtschaftskammer am Hamburger Markt verkauft worden vom 1. April 1926 bis 31. März 1928 insgesamt 13 297 Rinder, davon 3 938 dänische Rinder! Das sind über 30 Prozent des Umlages, und dieses hübsche Geschäftchen wurde in aller Stille bis jetzt fortgesetzt, wo der ganze Schaden dadurch an den Tag kam, daß einer der landwirtschaftlichen Kammergewaltigen aus der Schule plauderte. Die Kammer suchte sich nun damit herauszureden, daß sie nur zur Erhaltung des Deutschtums früherer Deutschen Döfeln abgenommen habe. Aber mit dieser Erklärung sind die Bauern nicht ganz zufrieden.“

Die Zuschrift wird mit der Feststellung abgeschlossen, daß die „Deutsche Tageszeitung“ verschwäge, daß sich der „Kampf der schleswig-holsteinischen Bauern um ihre Existenz“ nicht zuletzt gegen die Uneinigkeit und wirtschaftliche Ratlosigkeit der landwirtschaftlichen Organisationen — inklusive Reichslandbundes — richtet. Das völlige Versagen dieser Körperschaften auf dem Gebiete wirtschaftlicher Selbsthilfe sei von den deshalb aus eigenem Antriebe verarmten Bauern gehörig gebandmarkt worden.

Am interessantesten in der Zuschrift ist fraglos, das, was über die Praktiken der Schleswig-Holsteinischen Landwirtschaftskammer gesagt wird. Die Landwirtschaftskammern reden immer vom Schutz der deutschen Landwirtschaft. Hier muß sich die Schleswig-Holsteinische Landwirtschaftskammer nachfragen lassen, daß sie den deutschen Markt mit dänischen Döfeln überflutet wemmen hilft. Eine größere Bloßstellung ist kaum denkbar.

Hoffentlich gehen die in Frage kommenden Stellen den in der Zuschrift gemachten Angaben mit aller Deutlichkeit nach.

Humor des Auslandes



Kleiner Unterschied

„Steh' nur diese törichte Leute. Kommen zu diesem herrlichen Kongert zu spät und haben nur den halben Genuß.“
„Im Gegenteil, liebes Kind — das sind die klugen Leute. Die haben ihren Bedarf an Genuß schon gedeckt und gehen nach Hause.“

WARUM ZIEHT IHR SCHÖNHEITSSINN

stets die zweckmäßig, aber doch geschmackvoll verpackte Ware vor?

Weil auch Sie unsere Auffassung teilen, daß zu einer HOCHWERTIGEN CIGARETTE EIN EDLES GEWAND gehört.

Es rind soviel über billige Anfertigungs-Methoden von Cigarettenkartons gesprochen. Das sind alles Dinge, die in unserem Unternehmen längst als selbst-



verständliche Notwendigkeiten durchgeführt sind. — Erst die künstlerische VERBINDUNG VON ZWECKMÄSSIGKEIT UND GEWÄHLTEM GESCHMACK aber konnte in der

KURMARK

SPEZIAL-MAZEDONEN-MISCHUNG

eine Cigarette schaffen, die eine vollendete HARMONIE VON INHALT UND HÜLLE erreicht!



5 Pf

